



AUSSERORDENTLICHER LANDESDELEGIERTENTAG

Neue Dekade: Dietmar Schilff zum neuen Landesvorsitzenden gewählt

Der Außerordentliche Landesdelegiertentag der GdP trat am 27. 1. 2011 in Hannover zusammen. Bernhard Witthaut, bisheriger Landesvorsitzender der GdP Niedersachsen, war wegen seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden am 22. 11. 2010 satzungsgemäß zurückgetreten.

Die 135 Delegierten wählten den bisherigen stellv. Vorsitzenden Dietmar Schilff zum neuen Vorsitzenden und Klaus Dierker zum stellv. Vorsitzenden der GdP Niedersachsen. Dietmar Schilff erhielt 94,6%, Klaus Dierker 96,9% der Delegiertenstimmen. Beide sind bis zum nächsten Ordentlichen Delegiertentag 2013 gewählt.

Forderungen und Handlungsfelder

Der neue GdP-Chef erläuterte in seiner Grundsatzrede die Forderungen und Handlungsfelder der GdP für die nächsten Jahre. Die anstehende Kommunalwahl 2011 und die Landtagswahl 2013 sollen genutzt werden, um diese Forderungen in der Öffentlichkeit und der Politik deutlich zu machen. In Verhandlungen mit dem Innenminister und den Parteien des Nds. Landtages sollen diese Forderungen umgesetzt werden.

• **Steigerung der Attraktivität** der Tätigkeit in der Polizei für Tarifbeschäftigte, Verwaltungsbeamten/-innen und Exekutivkräfte; Schilff machte deutlich, dass alle Dienstbereiche und Personengruppen der

Polizei zur Gesamtaufgabe beitragen und nicht auseinanderdividiert werden können;

- **Beibehaltung einer einheitlichen Ausbildung und Aufgabenwahrnehmung** in der Polizei
- **Aufgaben-orientiertes, rechtlich notwendiges Instrumentarium sowie justiziabler Rückhalt** durch den Dienstherrn
- **Rückführung des Dienstposten-Begrenzungskonzeptes**
- **Mitwirkung beim Ausbau des Rückhalts in der Bevölkerung**
- **Aktives Eintreten gegen Extremismus**
- **Ausbau der Mitbestimmung/Partizipation – Verhandeln statt Verordnen**

Fortsetzung auf Seite 2



V. l.: Ex-Landesvorsitzender Helmut Bläsche, Klaus-Peter Bachmann (MdL, SPD), Ex-Landesvorsitzender und PP i. R. Horst-Udo Ahlers sowie GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut



V. l.: GdP-Mitglieder Johann-Heinrich Ahlers (MdL, CDU) und Thomas Adasch

(MdL, CDU), LPD Uwe Lührig



V. l.: Hans-Christian Biallas (MdL, CDU, Innenausschuss) und LPP Andreas Bruns



Klaus Dierker



Engagierte Ansprache: Dietmar Schilff



Übergabe: Bernhard Witthaut überreicht den Schlüssel der Landesgeschäftsstelle an Dietmar Schilff



Delegierte in Hannover

Fotos: UR



Abschiedsgeschenk an Bernhard Witthaut, (li.), überreicht durch Dietmar Schilff



Stehenden Beifall spendeten die Delegierten für den scheidenden wie für den neuen Landesvorsitzenden



Hartmut Tölle, DGB-Landesvorsitzender



Fortsetzung von Seite 1

- **Wertschätzung** der polizeilichen Arbeit, wertschätzender Umgang mit den Beschäftigten, egal in welchem Dienstbereich
- Verbesserung der **Familienfreundlichkeit**
- Ausbau der **Gleichstellung** auch mit dem Motto des 100. Internationalen Frauentages am 8. 3. 2011 (siehe Artikel in dieser Ausgabe)
- **Gewalt gegen Polizei minimieren**; ein Angriff auf jemanden, der für die Öffentlichkeit dient, muss als Angriff auf die Öffentlichkeit angesehen werden
- **Gesundheitsförderung** verbessern

Redaktionsschluss:

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion – möglichst per E-Mail oder Datenträger – für die Ausgabe **4/2011 bis zum 5. März 2011**, und für die Ausgabe **5/2011 bis zum 26. März 2011**.

Hinweise:

Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. *Die Redaktion*

• **Schluss mit der Privatisierung** – Menschen statt Betriebsmittel oder Kostenstelle/VZE

Dietmar Schilff machte deutlich, dass die GdP sich auch verstärkt mit ihrer internen Organisation und Arbeitsweise und der Öffentlichkeitsarbeit im Interesse der Fortentwicklung und Verbesserung auseinandersetzen wird.

Zur aktuellen **Online-Befragung der GdP** mit dem Titel „**Land unter bei der Polizei?!**“ nahm er ausgiebig Stellung und forderte eine ernsthafte Befassung damit, seitens der Politik und der Polizeiführung (siehe Artikel in dieser Ausgabe).

Das aktuelle **Urteil des OVG Lüneburg zu den Bereitschaftszeiten** kommentierte er als erfreuliche Bestätigung des GdP-Kurses und forderte den Innenminister auf, sein politisches Wort zu halten und die Entscheidung zu akzeptieren. (Siehe Artikel in dieser Ausgabe!)

Schilff betonte auch, dass die GdP ihre kämpferische Haltung gegen Missstände und die Bereitschaft, dafür auf die Straße zu gehen, nicht aufgeben werde. Diese sei auch unabhängig von der parteipolitischen Färbung der jeweiligen Regierung. Deshalb wies er deutlich auf die Einschnitte hin: „Hier in Niedersachsen ging es ab 2003 mit den Kürzungsorgien und ‚alternativlosen‘ Reformmaßnahmen dann Schlag auf Schlag!“ Die Aufzählung war atemberaubend und erschütternd – selbst für die, denen die Entwicklung bewusst war.

Viel Glück, Bernhard!

Obwohl sich der neue Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut das Ausscheiden aus dem Amt des Landesvorsitzenden „ohne große Abschiedsreden“ vorgestellt hatte, ließen es sich Dietmar Schilff als sein Nachfolger sowie der DGB-Landesvorsitzende, Hartmut Tölle, nicht nehmen, Witthaut für seine über 13-jährige Amtszeit zu danken und ihm Abschiedspräsentate zu überreichen. Dietmar Schilff betonte, der Bundesvorsitzende sei jederzeit „zu Hause“ willkommen und fügte augenzwinkernd hinzu, sofern dieser positive Nachrichten mitbrächte. Bernhard Witthaut resümierte in seiner Rede die zurückliegende lebhafteste Amtszeit mit ihren schwierigen Herausforderungen, bitteren Pillen von Seiten der Sparpolitik, aber auch den GdP-Erfolgen. Er machte deutlich, dass er trotz seiner Berliner Wirkstätte seiner niedersächsischen Mitgliedschaft und Wurzeln treu bleiben werde. Seiner GdP Niedersachsen und dem neuen GSV wünschte er Erfolg und Glück. Die Delegierten verabschiedeten ihn stehend mit minutenlangem Applaus.

Zur Person: Dietmar Schilff

Der 48-jährige neue Landesvorsitzende ist gebürtiger Braunschweiger, wohnt dort und ist dort auch Polizeibeamter (PHK) der Polizeiinspektion Braunschweig, derzeit als freigestelltes Personalratsmitglied. In den Polizeidienst trat er 1979 ein und war bisher dienstlich bei der Landespolizeischule, in der PI Göttingen und der PD Braunschweig tätig. Von 2002 bis 2007 war er Vorsitzender des PPHR beim Nds. Innenministerium. In der GdP war er unter anderem Mitglied im geschäftsführenden Landesjugendvorstand von 1981 bis 1995 und stellv. Landesvorsitzender seit 1993. Im Bundesvorstand der GdP ist er seit 1996 Mitglied. Dietmar ist verheiratet.

Zur Person: Klaus Dierker

Der 50-jährige neue stellv. Landesvorsitzende ist gebürtiger Osnabrücker, wohnt dort und ist dort auch Polizeibeamter (EPHK) der Polizeidirektion Osnabrück, derzeit als SB Führung und Einsatz im Dez. 12. Er ist Polizeibeamter seit 1976 und war dienstlich bisher bei der Landespolizeischule, der FHS Hildesheim, der PI Osnabrück, der ZPD und der PD Osnabrück tätig. Als Mitglied der GdP seit 1976 war er KG-Vorsitzender in der LBPN Osnabrück, Vorsitzender der KG Osnabrück seit 2008 und ist Vorsitzender der BG PD Osnabrück seit 2010. Seit 2005 ist er auch Vorsitzender des Personalrates der PD Osnabrück.

Klaus ist verheiratet.

Die Vorstellungs- und Antrittsrede anlässlich seiner Wahl ist als Video verfügbar und auf unserer Seite verlinkt:

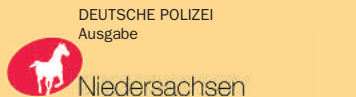
www.gdp.de/gdp/gdpnds.nsf/id/GdP-at-TV

(S. auch seinen Kommentar auf Seite 7)

Die Rede von Dietmar Schilff, die Bildergalerie zum Delegiertentag sowie alle Pressemitteilungen zum 27. 1. 2011 haben wir auf www.gdp.de/Niedersachsen veröffentlicht.



Dr. Berning referiert über Umorganisation und Konfliktkosten *Red. (UR)*



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe

Niedersachsen

Geschäftsstelle:
Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0,
Fax 5 30 37-50
Internet: www.gdpniedersachsen.de
E-Mail: gdp-niedersachsen@gdp-online.de

Redaktion:
Uwe Robra (Vi. S. d. P., verantwortlicher Redakteur des Landesjournals)
Im Eschbruch 8f, 30952 Ronnenberg
Telefon (0 51 08) 64 38 94
Mobil (0 15 25) 6 10 87 51
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
gdp-niedersachsen@gdp-online.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83,
Fax 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6454



„Wer Vertrauen erweist, nimmt Zukunft vorweg“

„Veränderung – Chance und Risiko für Führungskultur“ unter dieser Überschrift hielt Dr. Detlev Berning einen Vortrag vor dem Delegiertentag der GdP Niedersachsen.

Dr. Berning, ein Experte in Fragen von Führungskultur in Wirtschaftsunternehmen, stellte in seinem Vortrag das Dilemma der niedersächsischen Polizei und deren Führung dar. Kernproblem sei die mangelnde Konsistenz in den Entscheidungen. Die ständige Umorganisation und wesensfremde Eingriffe in die Struktur erzeuge Unruhe innerhalb der Polizei. Grundlage der Eingriffe sei jedoch ein Widerstreit der Interessen. Die oberste Instanz, der jeweilige Innenminister, möchte die nächste Wahl gewinnen und ist abhängig von der öffentlichen Meinung, die unkalkulierbar sei. Die Führungskräfte sind

jedoch dem Innenminister gegenüber weisungsgebunden und müssen – falls sie nicht abgesetzt werden möchten – seine Weisungen ausführen. Probleme treten dort auf, wo die „Untergebenen“ sich von ihrer Führung alleingelassen fühlten. Diese Situation führe zu hohen Konfliktkosten, wie z. B. einem erhöhten Krankenstand und kontraproduktivem Verhalten. Eine Lösung des grundsätzlichen Problems sieht Berning in einer Struktur, die einer Aktiengesellschaft mit einem Aufsichtsrat gleiche, damit der Einfluss der Politik zurückgedrängt werden könne. So könne Konsistenz und damit Vertrauen wachsen.

H. Heidemann

Zur Person:

Dr. iur. Detlev Berning

ist als Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwalt und Steuerberater zugelassen (www.ber

ning-hannover.de) Im weiteren Sinne versteht er sich nach eigenen Angaben als Unternehmensberater mit dem Fokus „Kommunikation und Konflikt“. Er ist tätig als Mediator und Coach. Berning lehrt als Dozent (Lehrauftrag) an der „Kommunalen Hochschule für Verwaltung in Niedersachsen“ in Hannover (www.nsi-hannover.de/staticsite/staticsite.php?menuid=73&topmenu=73&keepmenu=inactive) und ist an der Führungsakademie Berlin-Brandenburg (fab) tätig (www.fa-bb.de/home/leitung/detlev_berning.html).

Zusätzlich engagiert er sich als Vorstandsmitglied im Bundesverband MEDIATION e.V. (www.bmev.de) sowie als Stellv. Vorsitzender des „Verein Konsens e.V. – Verein zur Förderung der Mediation in Niedersachsen“ (www.mediation-in-niedersachsen.de).

Red.

GdP-ONLINEUMFRAGE

„Land unter bei der Polizei!?“ – Abschlussbericht

Umfrageergebnisse dürfen nicht folgenlos bleiben!

Die wesentlichen Aussagen, die die Auswertung der ersten Fragebögen ergeben hat und über die wir in der Februar-Ausgabe berichtet haben, haben sich weiter verfestigt. Die über 3500 Antworten auf unsere Fragen zur Wahrnehmung der grundsätzlichen und der eigenen Belastung und das daraus resultierende Vertrauen in die Politik sind von einem negativen Trend aufgrund hoher Belastung gekennzeichnet.

Neben der nahezu durchgehend empfundenen Überbelastung der Kolleginnen und Kollegen wird eines ganz deutlich: die vielen Einsätze sind nicht mehr mit der regulären Dienstzeit, sondern nur noch mit erheblichen Mehrarbeitsstunden zu bewältigen. Eine solche Belastung kann aber nicht auf Dauer ohne negative Folgen bleiben. Beklagt wird nicht nur, dass die Familien auf der Strecke bleiben, sondern auch, dass sich der Dauerstress bei erschreckend vielen Kolleginnen und Kollegen bereits in Krankheiten manifestiert. Dass das zu Unzufriedenheit führt, ist eigentlich nicht verwunderlich.

Zuhören statt Abstreiten!

Überraschend hingegen ist schon, dass auch jetzt wieder – wie bereits nach unse-

rer Meinungsumfrage im Jahr 2006 – eben diese schlechte Stimmungslage von Seiten des Innenministeriums rigoros abgestritten wird. Da sie aber auch nicht widerlegt werden kann, wird einfach die gesamte Umfrage als unseriös abgetan. Dass die Befragten sich damit verstanden fühlen und perspektivisch auf eine positive Entwicklung hoffen können, ist unwahrscheinlich.

Es ist notwendig, jetzt Maßnahmen zu ergreifen, um der Belastungs-Unzufriedenheits-Spirale begegnen zu können:

1. Unter der schlechten Stimmungslage haben auch die Führungskräfte vor Ort zu leiden. Für sie ist es keine große Hilfe, wenn der Umstand fortlaufend negiert oder abgestritten wird. Hier muss eine konsequente Auseinandersetzung mit den Ursachen stattfinden.

2. In die Politik muss das klare Signal gesandt werden, dass Entscheidungen auf ihre Umsetzbarkeit auch aus polizeilicher und sicherheitsrelevanter Sicht überprüft werden müssen. Dass lediglich unter 2% der Befragten wahrnehmen, dass dies selbstverständlich ist, muss auch Politikern die Augen öffnen.

3. Die Absprachen zu Konzepten mit den Fußballverbänden müssen intensiviert werden, um perspektivisch die Einsatzstärken zurückzufahren und den Verschleiß der eingesetzten Kräfte an den Wochenenden zusätzlich zum normalen Dienst reduzieren zu können.

4. Es muss eine intensive Überprüfung des Vorliegens (und Einräumens) des polizeilichen Notstandes bei Demonstrationsanmeldungen mit Gegendemonstrationen stattfinden.

5. Sowohl bei den (inzwischen normalen) ständigen zusätzlichen Einsätzen, als auch bei Großeinsätzen wie dem CAS-TOR-Transport müssen die Arbeitsschutzrichtlinien konsequent umge-

Fortsetzung auf Seite 4



GdP-ONLINEUMFRAGE

Fortsetzung von Seite 3

- setzt werden. So kann es nicht sein, dass Polizeibeamte regelmäßig die Einhaltung von Ruhezeiten bei Kraftfahrern kontrollieren, die eigenen Fahrer aber beim CASTOR-Einsatz zum Teil über 30 Stunden im Einsatz waren.
- Um auch die Rahmenbedingungen im Rahmen der Fürsorgepflicht im Sinne des Gesundheitsschutzes sicherzustellen, ist es für Großeinsätze unerlässlich, wieder mit eigenen Versorgungskräften zu agieren.
 - Wie in allen anderen Länderpolizeien muss die Personalstärke erhöht wer-

den. Auch das hat der letzte CASTOR-Einsatz deutlich gezeigt. Niedersachsen hat zwar in der jüngsten Vergangenheit nicht so stark abgebaut wie andere Länder, dennoch gibt die Anzahl der Mehrarbeitsstunden ein klares Zeichen, dass die vorhandene Personalstärke zumindest nicht ausreicht, alle Einsätze vernünftig abzudecken.

- Der Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss noch stärker in das Einsatzgeschäft eingebunden werden. So wäre es wünschenswert, gerade die zusätzlichen Wochenenden der Einsatzhundertschaften weiter im Voraus zu planen und bekannt zu geben.

9. Das Gesundheitsmanagement muss flächendeckend in die Organisation implementiert und Vorsorgekuren für Schichtdienstleistende selbstverständlich werden.

Wichtige Schritte jetzt zu gehen, setzt aber voraus, dass der Wille vorhanden ist, das Dilemma überhaupt wahrzunehmen. Die klare Sprache unserer Kolleginnen und Kollegen macht dieses Erfordernis deutlich. Ihr Empfinden weiter zu negieren und sogar in Frage zu stellen, ist sicherlich nicht geeignet, Vertrauen darin zu bilden, dass ihre Leistung und ihr Arbeitswille bis hin zur Selbstaubeutung gewürdigt werden.

Red.

Die Ergebnisse

Wie schätzt du die Einsatzbelastung der Polizei insgesamt ein?

Niedrig	Mittel	Hoch	Zu hoch
0,5%	2,6%	60,1%	36,8%

Wie bewertest du deine eigene Einsatzbelastung?

Niedrig	Mittel	Hoch	Zu hoch
1,66%	27,74%	57,4%	13,2%

Freitext*

Glaubst du, dass Polizei als Institution immer mehr für politische Fehlentscheidungen den Kopf hinhalten muss?

ja	nein	manchmal
87,1%	1,3%	11,6%

Bist du der Meinung, dass die Politik hinter der Polizei steht?

Ja	Nein	manchmal
1,6%	66,3%	32,1%

Wie viele Überstunden hast du?

< 50	> 50	> 100	> 150	> 200	> 300
11,65%	30,64%	26,7%	14,96%	11,65%	4,4%

Gab es Momente, in denen du aufgrund einer Einsatzbelastung Beruf und Familie nicht mehr vereinbaren konntest?

ja	nein	manchmal
57,1%	5,1%	37,8%

Grunddaten Geschlecht

männlich	weiblich
80,45%	19,55%

Harter Tobak ...

Zitate aus den Freitexten in der Umfrage „Land unter bei der Polizei!“

„Neben der Dienstverrichtung im ESD kam es im Sommer zu zahlreichen EHu-Einsätzen, die meistens auf meine freien Wochenenden fielen. Da der Krankenstand hoch war, konnte kein Freizeitausgleich gewährt werden. Ich hatte das Gefühl, nur noch auf der Dienststelle zu sein. Die Folge waren Gereiztheit und körperliche Erschöpfung.“

„Die Grenze meiner Einsatzbelastung? Jedes zweite Wochenende zusätzlich zu einer 45-Stunden-Woche Fußball-einsätze in der 3. Liga begleiten!“

„Ich habe mich mit dem Dienst bei der Polizei dazu bereit erklärt, Dienst zu ungünstigen Zeiten zu machen und gegebenenfalls auch kurzfristig eingesetzt zu

werden, bzw. Überstunden zu machen. Ich verstehe aber nicht, warum häufig erst am Freitag Kräfte für Einsätze am Wochenende gesucht werden, besonders dann, wenn es sich um langfristig planbare Einsätze (wie z. B. Fußball) handelt.“

„Im Regelschichtdienst bei 81 Arbeitsstunden im Wechselschichtdienst von einem Freitag bis zum nächsten Sonntag (mit vier 12-Stunden-Schichten).“

„Probleme mit der Familie gibt es an nahezu jedem Dienstwochenende. Ein Punktspiel meines kleinen Sohnes anzusehen, ist für ihn und mich wie ein kleines Geschenk.“

„Als KED-Beamter Aushilfen im ESD unseres PK zu machen, ist kein Problem.

Aber darüber hinaus noch zahlreiche Einsätze, zu denen ich (50) mitfahren musste, weil ich im Vergleich zu den Kollegen noch relativ gesund und fit bin.“

„Im Castor über 30 Stunden im Dienst. Im BSM kein planbares Wochenende durch EHu-Einsätze: Personalbestand zu niedrig, im Nachtdienst häufig nur ein Wagen – Eigensicherung bei großen Schlägereien kaum möglich, da Unterstützung erst nach 15 Minuten, auch da zu wenig Personal.“

„Das Gefühl, im BDM ständig per Telefonat zum Dienst gerufen zu werden, da aufgrund mangelnden Personals ständig gerade nur so die Mindeststärke gehalten werden kann.“



GdP-ONLINEUMFRAGE

„Familienfeiern und Ähnliches können nur noch selten wahrgenommen werden. Selbst wichtige Arzttermine müssen immer wieder verlegt werden.“

„In den letzten ca. 8 Monaten werden jede Woche viele Kollegen in den Dienst ‚gesetzt‘ aufgrund von Personalmangel und Unterbesetzung. Es kommt vor, dass es 32 bis sogar über 50 Setzungen in einer Woche gibt. Deshalb schieben alle zu viele Überstunden vor sich her.“

„Nach hoher Einsatzbelastung und vielen Arbeitsstunden war ich so erschöpft, dass ich morgens nur noch heulen konnte. Habe keine Kraft mehr, mich um Freunde/Familie zu kümmern.“

„14 Wochen am Stück, kein freies Wochenende möglich und dadurch Stress in der Familie.“

„Ständiges Einspringen für fehlendes Personal, auf Kosten der eigenen Freizeit. Teilweise 20 bis 25 Dienste in Folge.“

„Castor 2010: 32-Stunden-Schicht ohne Pause; davor nur vier Stunden Schlaf, danach nur fünf Stunden.“

„EHU: sieben Wochenenden Einsätze

innerhalb von zwei Monaten zusätzlich zum Schichtdienst.“

„Die Qualität der Sachbearbeitung leidet, da zu viele Vorgänge zu bearbeiten sind.“

„Lkw-Fahrer soll ich anhalten und deren Lenkzeiten kontrollieren ... aber selbst verstoße ich regelmäßig dagegen.“

„Es gibt ÜBERHAUPT keine Planbarkeit mehr!“

„Keine Energie mehr für private Dinge!“

„Alleiniger Ansprechpartner für Bürger und Kollegen im Einsatzgeschehen ohne Sicht auf Verstärkung. Man muss mit der auf einen zukommenden Situation allein fertig werden. Es ist halt keiner da. Alle haben zu tun.“

„Scheidung wegen beruflicher Eingebundenheit!“

„Der Beruf wird immer unattraktiver, da die Politik alles dafür tut, die Beamten auch noch zu demotivieren und zu veralbern.“

Uns erreichte auch folgende E-Mail von Jörg Donhöfner aus Sottrum:

„Prima Umfrage ... mit einem zu erwartenden Ergebnis! Jahrelanger Personalabbau und immer größere Erwartungen und Anforderungen bei gleichzeitig wachsender Perspektivlosigkeit für Viele schreiben einen solchen Weg vor. Was diese Entwicklung noch zusätzlich erschwert, ist das wachsende unpersönliche Arbeitsklima. Gerade die sehr belasteten Dienstzweige wie der ESD, aus dem sich ja auch zum Großteil die Hundertschaften bestücken, finden heute in sich selbst keinen Ausgleich zu den Belastungen aus dem Dienst. Es wird wohl erwartet, dass ein jeder seinen Frust und seine Erlebnisse daheim los wird. Ich habe mich vor längerer Zeit einmal im ISI-Forum [...] zum BSM ausgelassen. [...]“

Der Beitrag ist im Polizei-Intranet gepostet: Forum „Erfahrungs- und Wissensaustausch“ im ISI unter „Erfahrungen mit BSM“, Seite 2. Auf diese ebenso vernünftig wie nachdenklich zu lesenden Betrachtung sei hier hingewiesen – leider zu lang zum Abdrucken, zu schade zum Kürzen. **Die Red.**

„Die Antworten sind ehrlich und sie sind eben so, wie sie sind ...“

Kommentar von Dietmar Schilff, Landesvorsitzender

Mit unserer Onlinebefragung wollten wir die persönliche Sichtweise zur Situation innerhalb der Polizei übermittelt bekommen. Viele haben sich daran beteiligt, dafür herzlichen Dank!

Die GdP wollte keine wissenschaftliche Studie, sondern das Gefühl der Kolleginnen und Kollegen erfragen. Viele haben nämlich die Empfindung, dass die Politik die tatsächliche Gemütslage und die Arbeitsbedingungen in der Polizei schon seit langem nicht mehr interessiert. Es ist doch frustrierend, wenn niemand die tagtäglich auf der Arbeit gemachten Erfahrungen wahrnehmen will. Jedes Unternehmen erfragt, was die Beschäftigten denken, wie sie sich fühlen und was sie zur Verbesserung beizutragen haben. Nur bei der Polizei des Landes Niedersachsen scheint das augenscheinlich nicht der Fall zu sein. Daniel Goeudevert, ehemaliger Manager im VW-Konzernvorstand hat einmal gesagt: „Das Hinhören erfordert vom Management ein erhebliches Maß an Bescheidenheit – eine Tugend, an der heute auf den Chefetagen ein besonderer Mangel herrscht.“

Die Beschäftigten sind das wichtigste Potenzial, so hört man immer wieder. Wer das dauernd sagt, andere Meinungen aber kleinmacht oder nicht zur Kenntnis nimmt und keine Konsequenzen zieht, dem wird das irgendwann nicht mehr geglaubt.

So war es eigentlich auch nicht anders zu erwarten, dass das Innenministerium, wie schon bei der repräsentativen und wissenschaftlichen GdP-Umfrage 2005, auch auf die jetzige Befragung und ihre dramatischen Antworten ohne Beißhemmung reagiert und die Stimmungsbildabfrage als unseriös bezeichnet. Das kann man natürlich tun; allein, die Antworten sind ehrlich und sie sind eben so, wie sie sind. Sich seitens des MI und des LPPBK nicht damit zu beschäftigen, wäre ein großer Fehler. Am 24. 11. 2010 hat Bundespräsident Christian Wulff auf dem GdP-Bundeskongress die schwierige und gesundheitsgefährdende Arbeit der Polizei gelobt und gesagt, dass dieser Arbeit „Solidarität, Sympathie, Respekt und Dankbarkeit gebührt“. Ein guter und wichtiger Hinweis, der aber nicht nur für die Gesellschaft gelten sollte, sondern – zumindest was die Punkte Respekt und Solidarität betrifft – auch intern beachtet werden muss.

„Wir sind keine Maschinen ...“

Aus den nicht anonym übersandten Antworten der Befragung wurde Sandra Wendt (SW) aus Lüneburg ausgelost. Sie erhält einen Reisegutschein im Wert von 150 EUR. DEUTSCHE POLIZEI (DP) hat sie nach ihrer konkreten Situation befragt.

DP: Sandra, warum hast du dich an der Umfrage beteiligt?

SW: Die Belastungssituation der Polizei hat sich seit Jahren immer mehr verstärkt. Auch meine persönliche. Das kann man über einen absehbaren Zeitraum mal aushalten und auch das Privatleben entsprechend managen. Aber es wird nicht besser, sondern nimmt zu. Das gilt auch für meine Kolleginnen und Kollegen. Ich finde, dass das auch mal gesagt werden muss.

DP: Du hast selbst 300 Überstunden, dein Mann ist auch bei der Polizei und ihr habt ein Kind. Wie ist das zu vereinbaren?

SW: Inzwischen nur noch mit großem Aufwand. Gerade an den Wochenenden

Fortsetzung auf Seite 6



GdP-ONLINEUMFRAGE

Fortsetzung von Seite 5

und in den Ferien, wenn wir die Tochter meines Mannes bei uns haben, ist es häufig schwer. Während mein Mann Dienst versieht und ich mit der Einsatzhundertschaft unterwegs bin, müssen wir eine Betreuung für unsere Tochter suchen. Aber abgesehen von der organisatorischen Seite merken wir natürlich, dass das Familienleben leidet. Das hängt auch damit zu-

sammen, dass die Kraft weniger wird und wir inzwischen ziemlich ausgezehrt sind. Da kostet es manchmal schon ganz schön viel Kraft, auch noch zu Hause vollen Einsatz zu bringen. Gerade die wenige Zeit, die wir mit unserer Tochter haben, würden wir gerne besser nutzen.

DP: Was erwartest du von der Politik?

SW: Mehr Umsicht bei ihren Entscheidungen und die Einsicht, dass wir Polizeibeamten, die an der Umsetzung der Poli-

tik notgedrungen ganz oft beteiligt sind, keine Maschinen sind, die jederzeit nach Bedarf angeschaltet werden können.

DP: Uns hat erschreckt, dass viele der Befragten explizit geschrieben haben, dass sie anonym bleiben wollen, weil sie Repressalien befürchten. Danke, dass du dich bereit erklärt hast, mit uns zu sprechen. Wir hoffen, dass der Reisegutschein dazu beitragen kann, dass du dich mal erholen kannst. Viel Spaß dabei!

BEREITSCHAFTSZEITEN

Oberverwaltungsgericht entscheidet im Sinne der GdP

Nach dem Urteil des OVG Lüneburg vom 25. 1. 2011 müssen Bereitschaftszeiten beim CASTOR-Einsatz in vollem Umfang in Freizeit ausgeglichen werden. DEUTSCHE POLIZEI (DP) sprach mit der Geschäftsführerin der GdP Niedersachsen, Jana Herzog (JH), die den Kläger vertreten hat.

DP: Was hat das OVG Lüneburg entschieden?

JH: Der 5. Senat ist dem vorinstanzlichen Urteil des Verwaltungsgerichts Lüneburg und seiner eigenen bis dahin vertretenen Rechtsauffassung nicht gefolgt und hat entschieden, dass die Bereitschaftszeiten, die der Kläger während des CASTOR-Einsatzes 2005 geleistet hat, in vollem Umfang in Freizeit auszugleichen sind, also nicht nur zu einem Bruchteil. Dies ergibt sich aus einer Gleichbehandlung von Voll- und Bereitschaftsdienst während des Einsatzes. Insofern müssen die angefallenen Mehrarbeitsstunden insgesamt nach den Regelungen des Niedersächsischen Beamtengesetzes (NBG) behandelt werden und bei einer Überschreitung von fünf Stunden wöchentlich vollständig in Freizeit ausgeglichen werden.

DP: Wie ist es zu diesem Verfahren gekommen?

JH: Der Einsatzbefehl zum CASTOR-Transport 2005 sah erstmals eine Differenzierung zwischen Einsatz- und Bereitschaftszeiten vor. Das hat bei unseren

CASTOR-erfahrenen Kolleginnen und Kollegen, die im Vorfeld genau wussten, was auf sie zukommt, zu einem Sturm der Entrüstung geführt. Deshalb hat der Landesvorstand beschlossen, diese Entscheidung rechtlich für alle Betroffenen überprüfen zu lassen. Das wäre aber nur im Wege von vielen Einzelklagen oder eben über eine Vereinbarung mit dem Land gegangen, durch die nur eine einzige Klage geführt werden muss.

DP: War das Innenministerium denn sofort bereit, eine solche Vereinbarung abzuschließen?

JH: Da haben wir schon ziemlich zäh über ein Jahr lang gerungen. Eine grundsätzliche Bereitschaft war vorhanden, allerdings durfte die Klage natürlich keine Argumente enthalten, von denen der Kläger individuell betroffen war. Dann wäre eine grundsätzliche Übertragung auf alle nicht möglich gewesen.

DP: Was wäre nur individuell gewesen und wie habt ihr das Problem gelöst?

JH: Wir durften uns zum Beispiel nicht auf die Art der Unterkünfte beziehen, die ja ganz unterschiedlich sind, aber einen großen Teil des Problems für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort darstellen. Deshalb haben wir vor dem Hintergrund des Arbeitsschutzes, der auch über europäische Richtlinien verpflichtend für die Mitgliedsstaaten festgelegt ist, uns allein auf die grundsätzliche Belastung während der Bereitschaftszeiten konzentriert. Die speziellen Situationen treten jeweils nur erschwerend hinzu. Bereitschaftszeit ist Ar-

beitszeit und kann deshalb auch nicht dafür genutzt werden, der Gesunderhaltung regenerativ und präventiv zu dienen. Letztere muss der Dienstherr aber im Rahmen seiner Fürsorgepflicht sicherstellen.

DP: Was glaubst du, wie es jetzt nach dem Lüneburger Urteil weitergeht?

JH: Das kommt darauf an, ob das Land in die Revision geht. Rechtlich ist es natürlich nachvollziehbar, alle offenstehenden Wege auszuschöpfen. Eine andere Frage ist die der politischen Glaubwürdigkeit, wenn sich das Innenministerium nicht an die Musterklagevereinbarung hält.

DP: Was beinhaltet die Vereinbarung?

JH: Darin ist beschrieben, welche Rechtsfrage nach der Entscheidung im Jahr 2005, die Bereitschaftszeiten nur noch mit 25% anzurechnen, strittig war. Diese sollte im Wege eines Musterprozesses geklärt werden und das Innenministerium hat sich verpflichtet, das Ergebnis der zumindest obergerichtlichen Entscheidung auf alle Beamtinnen und Beamten des Landes zu übertragen.

DP: Für welche CASTOR-Einsätze entfaltet das Urteil seine Wirkung?

JH: Wenn das Urteil rechtskräftig wird, sind davon alle Einsätze seit 2005 umfasst, also 2005, 2006, 2008 und 2010. Die ursprüngliche Musterklagevereinbarung, die im Januar 2007 geschlossen wurde, bezieht sich auf die Einsätze 2005 und 2006, ist aber für die weiteren Einsätze jeweils erweitert worden.

DP: Jana, vielen Dank für deine Erläuterungen.



BEREITSCHAFTSZEITEN

„Die Entscheidung ist gerecht!“

Jeder, der schon einmal bei einem CASTOR-Transport eingesetzt war, weiß, wie intensiv die Kräfte dort die gesamte Zeit beansprucht werden. Das erklärt auch die Empörung der Kolleginnen und Kollegen im Jahr 2005, als entschieden wurde, die Bereitschaftszeiten beim CASTOR-Einsatz mit nur 25% anzurechnen. DEUTSCHE POLIZEI (DP) sprach mit Jens Bennewitz, dem Kläger der Musterklage, über die das Oberverwaltungsgericht Lüneburg (OVG) am 25. 1. 2011 entschieden hat.

Jens Bennewitz (JB) gehört als Polizeioberkommissar der Bereitschaftspolizei an und versieht seinen Dienst am Standort Lüneburg. Im Rahmen seiner Tätigkeit wird er auch bei CASTOR-Transporten eingesetzt.

DP: Jens, du hast dich als Kläger für die Musterklage zur Verfügung gestellt. Was hat dich dazu bewogen?

JB: Ich habe schon an vielen CASTOR-Einsätzen teilgenommen. Als 2005 die Differenzierung zwischen Volldienst und Bereitschaftszeiten angeordnet wurde, hat mich das ebenso wie alle anderen Betroffenen sehr wütend gemacht. Meines Erachtens ging es dabei nur darum, Geld zu sparen. Wenn einerseits von mir erwartet wird, dass ich die Belastungen und auch die Gefahren eines solchen Einsatzes auf mich nehme, erwarte ich auch, dass die gesamte Zeit, die ich dort verbringen muss, voll angerechnet wird. Das wollte ich nicht nur für mich, sondern auch für alle anderen wieder durchsetzen. Ich war sehr dankbar, dass die GdP das in die Hand genommen hat.

DP: Ein Argument für die Unterscheidung zwischen Voll- und Bereitschaftsdienst war, dass man sich während der Bereitschaft ausruhen und auch schlafen könne. Kannst du das bestätigen?

JB: Diese Begründung ist unverschämt. So ein Einsatz bringt einen an die Grenzen der physischen und auch psychischen Belastbarkeit. Wenn die Kolleginnen und Kollegen über viele Stunden draußen in der Kälte stehen und dann die Möglichkeit haben, aus dem unmittelbaren Einsatzgeschehen herausgelöst zu werden, heißt das nicht, dass sie sich erholen können. Erst einmal wissen sie ja vorher nicht, wie lange die Bereitschaft dauert. Viele können gar nicht schlafen, wenn sie nicht absehen können, wann sie wieder rausmüssen. Dann wird die Zeit häufig genutzt, um endlich et-

was zu essen. Wenn die Zeit zum Schlafen verwendet wird, dann häufig auf engem Raum mit anderen. Wenn einer dann zur Toilette muss, ist er gezwungen, sich etwas Warmes anzuziehen, weil sich die Anlagen im Extracontainer befinden. Dann ist der Rest meistens auch wieder wach. Ich weiß nicht, was das mit Erholung zu tun haben soll, wenn es nur darum geht, sich anschließend weiter auf den Beinen halten zu können.

DP: Es gibt doch aber sicherlich auch Unterkünfte, die komfortabler sind?

JB: Natürlich gibt es die. Aber auch dort kann niemand tun, was er will. Wir sind gezwungen, im Einsatz zu bleiben. Zur wirklichen Regeneration gehört für mich aber auch, mich aufzuhalten wo und mit wem ich möchte. Diese Zeiten für alle Kolleginnen und Kollegen voll auszugleichen, finde ich daher nur gerecht.

DP: Im CASTOR-Einsatz sind nicht nur niedersächsische Kolleginnen und Kollegen eingesetzt. Wie ist das denn in anderen Ländern?

JB: Das ist unterschiedlich. Einige versuchen auch, an den eingesetzten Kräften zu sparen. Es gibt aber auch Bundesländer, in denen es selbstverständlich ist, zu 100% auszugleichen. Das hat für mich dann auch etwas damit zu tun, dass die Leistung, die dort erbracht wird, anerkannt und geschätzt wird.

DP: Bist du mit dem Ausgang des Verfahrens zufrieden?

JB: Als die Klage in der ersten Instanz abgewiesen wurde, war ich schon deprimiert. Die GdP hat mir dann aber klargemacht, dass das Verfahren ohnehin in die Berufung gegangen wäre. Dass Lüneburg jetzt so entschieden hat, finde ich gerecht. Das ist eine Entscheidung für alle Kolleginnen und Kollegen aber auch nicht die einzige Baustelle, die wir haben.

DP: An welche denkst du dabei noch?

JB: Die Gesamtsituation! Viele kommen aus den Einsatzstiefeln gar nicht mehr raus. Freie Wochenenden werden immer weniger, von Planbarkeit ganz zu schweigen. Aber immer wieder wird die Gegenleistung verwehrt. Unsere Politiker müssen endlich merken, dass sie eine Fürsorgepflicht haben. Wir sind Menschen mit Gefühlen und Bedürfnissen und keine Bauklötze! Das Thema DuZ ist für keinen von uns vom Tisch. Aber das Urteil hat uns Mut gemacht, dass wir unsere Rechte wenigstens an manchen Stellen durchsetzen können. Dafür ausdrücklichen Dank an die GdP!

DP: Jens, Danke für deine Auskünfte!

DIENSTPOSTEN-
BEWERTUNGDesaster-
Management

Ein Kommentar von
Klaus Dierker,
stellv. Landesvorsitzender

Benchmark, Scorecard und Change-Management sind mittlerweile gängige Begriffe des polizeilichen Managements. Wie aber bezeichnet man einen Vorgang, bei dem Kolleginnen und Kollegen, die teilweise über Jahre ihre Positionen als DSL, Ermittlungsführer, KVL oder Arbeitsgruppenleiter im Statusamt A 9/A 10 ausübten, jetzt davon entbunden werden, damit sie sich anschließend auf ihre neu bewerteten Dienstposten wieder bewerben können?

Ein vergleichbarer Vorgang ist mir nicht in Erinnerung. Aber ein Begriff ist mir spontan dazu eingefallen: Statt Change-Management trifft hier besser „Desaster-Management“! Nicht einmal eine landesweit einheitliche Vorgehensweise ist zu erkennen. Während in den Polizeidirektionen Braunschweig und Oldenburg der angesprochene Kollegenkreis überwiegend auf seinem neu bewerteten Dienstposten verbleiben konnte (nur in wenigen Fällen gab es Ausschreibungen), entschied sich der Rest für die Variante, ausnahmslos alle neu bewerteten Dienstposten auszuschreiben.

Das Desaster haben mittlerweile nicht nur die Kolleginnen und Kollegen erkannt, die sich den Auswahlverfahren stellen müssen. Zunehmend sind es auch die, die bei den Auswahlentscheidungen unterlagen oder überhaupt nicht zum Zuge kamen. Ihre DP werden zukünftig auf A 9/A 10 festgeschrieben. Und damit einhergehend wird die Wertigkeit der polizeilichen Sachbearbeitung in großen Teilen auf das Einstiegs- und erste Beförderungsniveau reduziert!

Fest steht, dass dieses System viele Verlierer produziert und dieser Umstand nicht dazu führen wird, die Motivation in der Belegschaft zu steigern. Ein Gewinner dieses „Dienstpostenbegrenzungssystems“ lässt sich allerdings erkennen: Es ist der Nds. Finanzminister Hartmut Möllring!



In letzter Minute:

Innenminister Schünemann hat am 14. 2. 2011 mitgeteilt, gegen das OVG-Urteil in die Revision zu gehen. Dietmar Schilff bezeichnete „die Art und Weise der Bekanntmachung als äußerst befremdlich,“ da der Minister sich ausdrücklich auf ein Gespräch mit DPoIG und BDK im Vorfeld der Presseerklärung bezieht. Der GdP, die das Verfahren initiiert und geführt hat, hat er das Gespräch aber trotz deren Angebotes bislang verweigert. DP wird weiter berichten. **Red.**

Bei dieser Anzahl von Jahren könnte durchaus der Eindruck entstehen, es gäbe nicht mehr viel zu verbessern – aber ist das wirklich der Fall?

Klar, vieles wurde nicht nur angestrebt, sondern auch erreicht: Wahlrecht, Wählbarkeit, freie Berufs- und Studienwahl, Änderung des BGB in Sachen Berufsausübung für verheiratete Frauen, selbstständiges Leben und Wirtschaften ohne „Vormund“, wie u. a. noch im 19. Jahrhundert üblich, und so einiges mehr.

Damit stehen der Frau aber noch lange nicht alle Türen offen. Immer noch gibt es eine sogenannte „gläserne Decke“, d. h. es existieren Hierarchieebenen in Firmen und Institutionen, die weiblichen Beschäftigten nicht oder nur schwer zugänglich sind. Immer noch sind in Firmen und öffentlichen Verwaltungen für Frauen und Familien mit Kindern die Arbeitsverhältnisse nicht optimal. Immer noch gibt es keine Entgeltgleichheit, für gleiche Arbeit werden in Deutschland Männer und Frauen in der freien Wirtschaft – aber mit dem zweiten Blick auf die Lebensarbeitszeit auch in der öffentlichen Verwaltung – unterschiedlich entlohnt.

Jetzt zu sagen: „Halt, bei der Polizei ist aber alles in Ordnung, hier herrscht Gerechtigkeit,“ hieße, die Augen auch vor den bei uns immer noch anzutreffenden Missständen zu schließen. Grundsätzlich herrscht nach Abschluss des Studiums für alle Beamtinnen und Beamten eine gleiche Startchance. Ab in die Dienststellen, Dienst versehen, und gut! Beurteilungsrichtlinien gelten gleichermaßen für Mann wie für Frau, hier wird nicht unterschieden, also auch hier alles gut? „Es

Alles erreicht?

kann doch gar nicht ungerecht zugehen!“ – Nein, grundsätzlich sollte es innerhalb der Beamtenschaft gerecht zugehen, aber ist das auch gelebte Wirklichkeit? Stehen mir wirklich alle Wege offen? Auch mit Familie? Auch mit Kindern? Oder bleibe ich durch Elternzeit, Teilzeitbeschäftigung, Beurlaubung ohne Bezüge nur eine Beobachterin am Rande?

Der Anteil der Beamtinnen im h. D. ist zwar angestiegen, wir haben auch eine (!) Polizeipräsidentin, doch bei genauem Hinsehen könnte der Eindruck entstehen, dies ist nur möglich in/mit Kleinstfamilie, der Großteil ist kinderlos.

Im g. D. wird jetzt mit neuem Schwung versucht, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen – siehe Zielvereinbarungen des Landes für 2011.

In den letzten zwei bis drei Jahren wurden zwar Instrumente, wie „AuditBerufundFamilie“, Wiedereingliederung nach Elternzeit, Telearbeit usw. eingezogen, hier muss aber gerade in den Feinheiten noch nachgearbeitet werden, um das Optimum zu erreichen. Zum Beispiel existieren noch nicht überall Kooperationen mit anderen Behörden, um etwa Kinder vor- oder nachmittags in Betreuung geben zu können. Noch viel zu wenig Arbeitsbereiche sind auf Telearbeitstauglichkeit geprüft. Auch die Beurteilungsgerechtigkeit für Teilzeitkräfte lässt zu wünschen übrig – Erlasse hin oder her.

Und wie sich der A-11-Erlass gerade auf Kolleginnen auswirken wird, dürften wir ziemlich zeitnah zum 8. März 2011 erfahren, denn dann werden die ersten Auswahlgespräche und Verteilungen von Dienstposten A 11 durchgeführt worden sein.

Und wie sieht es für den Bereich der Verwaltungsbeamtinnen aus? Ständige „Negativ-Verbesserungen“ der internen Strukturen durch Verschlinkung, keine gesonderte Laufbahn mehr, die ein Zugehörigkeitsgefühl zur Polizei vermitteln könnte. Wegen der immensen Arbeitsverdichtung und Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen: null Perspektiven und Arbeiten bis an den Rand der Erschöpfung (und darüber hinaus), bei Teilzeitkräften besonders.

Die wenigen Leitungsfunktionen sind aber nach wie vor mit Vollzeit-Männern besetzt. Warum?!

Im Angestelltenbereich bilden viele der weiblichen Beschäftigten in der Polizei immer noch das Gros der am unteren

Ende der internen Einkommensleiter angesiedelten Personen. Wo bleiben hier Fortbildung, Entwicklungsmöglichkeiten? Wie sieht es gerade hier mit der Budgetierung aus? Gibt sie den Dienststellen und Beschäftigten überhaupt noch Möglichkeiten, oder fährt das Land hier unter der Prämisse „Geiz ist geil!“?

Die aktuelle Diskussion über Quoten sollte uns als Frauen zu denken geben, und nicht so, wie ich es schon von Frauen gehört habe: „Ich will keine Quotenfrau sein.“ Die Quote bietet die Chance, die gläserne Decke zu durchbrechen und damit die Möglichkeit, sich und eigene Fähigkeiten zu zeigen, also ins „Licht“ treten zu können.

Stimmt, es wäre das beste, keine Quote zu benötigen! Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, schaut in die Welt und stellt fest, es gibt in vielen Ländern „Quoten“ für Frauen, sogar im fortschrittlichen Schweden. Und ganz nah, in der konservativen und hart betriebswirtschaftlich ausgerichteten Telekom!

Stellt euch die Frage, warum es vielleicht doch einen Quotenbedarf braucht! Weil es sonst noch weniger Zugang zu bestimmten Führungsbereichen gäbe? Weil die Umstände, aufzusteigen, immer noch schwierig genug sind? Weil Menschen, die Macht besitzen, diese nicht gerne abgeben? Weil Frauen andere Wege im Beruf gehen als Männer und das auch in besonderer Weise mit einbezogen werden muss? Weil Frau angeblich fürs „harte“ Geschäft zu weich ist? Weil uns freiwillig (sagt sogar Ursula von der Leyen) nichts abgegeben wird?

Deshalb: Heute für morgen. Zeichen setzen. Gleiche Rechte, gleiche Chancen, gleiches Glück.

Gut, dass es sie gibt, unsere GdP.

*Gitta Schmidt,
Landesfrauenvorsitzende*

Am 25. März ist der Aktionstag „Equal Pay Day“

Waltraut Thyssen, Mitglied im Geschäftsführenden GdP-Landesvorstand hat dazu einen Beitrag verfasst, den wir wegen der Länge auf unserer Website www.gdp.de/Niedersachsen veröffentlicht haben. **Red.**





Wellness & Erholung 2011 !

„Kleine Auszeit“ im Steigenberger Hotel Treudelberg ****+ in Hamburg

Neckermann Reisen, Care, Seite 35, Aufenthalt z.B. bis 30.11.2011 möglich

Inklusivleistungen:

- 2 x Übernachtung im Standard-Doppel- oder Einzelzimmer inkl. Frühstücksbuffet
- 1 x 3-Gang-Menü
- 1 x Rückenmassage (ca. 20 min.)
- 1 x Transfer zum Alstertaler Einkaufszentrum

p.P. im DZ von Fr-So für **€ 152**

„Schnupper Wellnessstage“ in der Yachthafenresidenz Hohe Düne ***** in Warnemünde

Neckermann Reisen, Care, Seite 47, Aufenthalt z.B. bis 21.04. oder 03.10-30.11.2011 möglich

Inklusivleistungen:

- 2 x Übernachtung im Doppel- oder Einzelzimmer inkl. Frühstück
- 1 x Klang-Lichtbad im Aqua-Motion-Relax-Pool (ca. 20 min.)
- 1 x Relax-Rückenmassage (ca. 25 min.)
- 1 x Vital Energiecocktail

p.P. im DZ ab **€ 229**

„Ambiance Special“ im Dorint Park Ambiance ****+ in Sellin

Neckermann Reisen, Care, Seite 57, Aufenthalt z.B. bis 21.04. oder 25.04.-01.06. möglich

Inklusivleistungen:

- 2 x Übernachtung im DZ inkl. Frühstück
- 1 x 3-Gang-Menü am 2. Abend
- 1 x gemeinsames Cleopatrabad und anschließend entspannen auf der Alphaliegge
Erleben Sie innovative und ausgleichende Tiefenentspannung durch optimales Zusammenwirken von Form, Farbe, Licht, Klang, Vibration & Wärme (ca. 60 min.)

p.P. ab **€ 187**

„Romantiktage für Zwei“ im Sport & Vital Resort Neuer Hennings Hof **** in Perleberg

Neckermann Reisen, Care, Seite 84, Aufenthalt bis 30.11.2011 möglich

Inklusivleistungen:

- 2 x Übernachtung im Doppelzimmer inkl. Frühstück
- 1 x 4-Gang-Candlelight-Dinner
- 1 x Abendessen im Rahmen der HP
- 1 x Luxus-Aromaölbad nach Wahl zu zweit in der Klangwanne
- Entspannung zu zweit mit einem Glas Sekt & frischem Obst vor dem Kamin
- 1 x Paar-Rückenmassage (Gesamtdauer ca. 90 min.)

p.P. für **€ 159**

Weitere Informationen, Termine und Buchung in unseren Reisebüros:

Irrtum und Zwischenverkauf vorbehalten. Es gelten die Bedingungen der jeweiligen Kataloge.

GdP-Touristik
Berckhusenstr. 133 a, 30625 Hannover
Tel. 0511 - 53 03 80 Fax 0511 - 53 03 850
service@gdp-service.de www.gdp-service.de

AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN

Termin-Check / Einladungen:

Einladung zum 23. Großen Bürger- und Polizeiball der Kreisgruppe Harburg

Mit der Tanz- und Showband „TEST“ wird am **5. März 2011** ab 20.00 Uhr (Einlass ab 19.00 Uhr) in der **Stadthalle von Winsen/Luhe** bis in den Morgen getanzt. Eine Showeinlage der besonderen Art bietet die Tanzsportabteilung des TSV Stelle. Mit farbenfrohen Kostümen wird den Besuchern „Orientalischer Tanz“ dargeboten. In den Tanzpausen wird es sicherlich zu guten Gesprächen und einem Meinungsaustausch zwischen Bürgern, Politikern, Kolleginnen und Kollegen kommen. Die bekannt gute Küche der Stadthalle wird wie immer die Gaumen verwöhnen. Karten gibt es bei Peter Sperling, 0 41 71-79 61 46 oder 01 52-56 10 88 45 zum Preis von 10 Euro. *Der Vorstand*

Einladung: Jahreshauptversammlung der KG Harburg am 30. März 2011 um 16.30 Uhr in der Gaststätte „Zum Lindenhof“ in Nenndorf, Bremer Straße 55. Ihre Teilnahme zugesagt haben unser BG-Vorsitzender und PHPR-Vorsitzender **Martin Hellweg**, und der frisch gewählte GdP-Landesvorsitzende **Dietmar Schilff**. Beiden wird es sicherlich nicht an aktuellen Themen aus dem polizeilichen und politischen Bereich mangeln, wie z. B. „Unkonzept A 11“, Beamtenversorgungsgesetz usw. Die Veranstaltung werden wir wie gewohnt mit einem guten Essen, Getränken und Gesprächen ausklingen lassen.

Peter Sperling, KG-Vorsitzender

Einladung: Jahreshauptversammlung der KG PATB NI am 31. März 2011, 16.00 Uhr, Wasser- und Schifffahrt-Center (Bundesgrenzschutzamt) Hannover (Restaurant), Möckernstr. 30, neben der Liegenschaft Tannenbergallee. Die TO ist den Mitgliedern zugegangen. Unter anderem finden Wahlen und Ehrungen für 60 bis 25 Jahre Mitgliedschaft statt. Die JHV wird mit einem kalt/warmen Büfett in gemütlicher Runde beendet. Wir freuen uns auf rege Beteiligung und bitten um Rückmeldung zur Teilnahme bis zum 22. März 2011, per E-Mail an gdp-patbni@arcor.de, Brief, Fax oder Tel.: 05 11-1 64 40 95, GdP-Phone: 0 15 25- 6 10 87 25).

Der Vorstand

Einladung: Jahreshauptversammlung der KG Garbsen am 7. April 2011, 17.00 Uhr, in der Kantine des Rathauses Garbsen, Rathausplatz 1. **Tagesordnung:**

1. Begrüßung
2. Totenehrung

3. Geschäftsbericht des Vorstandes
4. Kassenbericht und Bericht des Kassenprüfers
5. Aussprache zu 3. und 4.
6. Ehrung der Jubilare
7. Verschiedenes

Als Gastredner wurde der Vorsitzende des Hauptpersonalrates **Martin Hellweg** eingeladen, der über „Aktuelles aus dem Polizeihauptpersonalrat“ referieren wird.

Abschließend wird bei einem gemütlichen Beisammensein ein Imbiss gereicht.

*Bernhard Geweke,
Vorsitzender*

BG PD Hannover

Beim ersten Seniorentreffen der BG PD Hannover in diesem Jahr referierte der Landesseniorenvorsitzende Rudi Refinger in der „Alten Schmiede“ u. a. über das **aktualisierte Beihilfe- und Versorgungsrecht** und beantwortete alle aufkommenden Fragen umfassend.

Karl-Heinz Lütke stellte die Planung der einwöchigen **Seniorenreise an den Bodensee für Ende September** vor. Wer mitfahren möchte meldet sich bitte bei ihm unter Tel.: 0 51 31-5 43 70. **Unsere Seniorengruppe trifft sich an jedem 2. Dienstag im Monat um 16.00 Uhr** in der „Alten Schmiede“, auf dem Gelände der Reiter- und Hundestaffel, Hannover, Am Wolfenplatz 1. Alle Senioren sind herzlich einge-

laden, an dieser gemütlichen Runde teilzunehmen. *Reimar Welt*

Kein Weg ist uns zu weit ...

Unserer Einladung zur jährlichen Ehrungsveranstaltung der BG PD Hannover konnte unser Jubilar **Karl Heinz Seim** damals nicht folgen, weil er inzwischen mit seiner Ehefrau in Berlin lebt und die Reise nach Hannover nicht antreten konnte. Jetzt war es uns endlich möglich, im Rahmen eines Aufenthaltes in Berlin im November 2010 (Schöneberger Forum), dem Kollegen seine Urkunde für **60 Jahre treue Mitgliedschaft** zu überreichen. Bei einem zünftigen Mittagessen im Rathaus konnten dabei unter anderem auch Erinnerungen an gemeinsame Dienstzeiten ausgetauscht werden. Es war ein schönes Zusammentreffen mit Karl Heinz Seim und seiner Frau und wir freuen uns schon auf das Überreichen der Urkunde zum 70.!

*Marita Vehrenkamp und
Cornelia Wadehn*



Foto: BG H.

GESUNDHEITSMANAGEMENT

Sachstand zum Gesundheitsmanagement der Polizei Niedersachsen

Im Februar 2008 wurde im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport (MI) die Projektgruppe „Gesundheit in der Polizei Niedersachsen“ installiert, um ein Gesamtkonzept für ein Gesundheitsmanagement in der Polizei Niedersachsen (GIP) zu erarbeiten.

Das Projekt wird von Beginn an von der Universität Hannover, Institut für Arbeitswissenschaft, begleitet und beraten. Insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und den zuneh-

menden Anforderungen der polizeilichen Arbeit ist es sinnvoll, sich intensiver dem Thema „Gesundheit“ innerhalb der Polizei zu widmen. Mit der Implementierung eines GIP wird das strategische Ziel verfolgt, die Einsatzfähigkeit der Polizei durch gesunde und leistungsstarke Beschäftigte zu erhalten und zu verbessern.

Operative Ziele in dieser für Beschäftigte und Organisation gleichermaßen gewinnbringenden Situation sind insbesondere die Förderung der Gesundheit der Beschäftigten, der Abbau von physischen und psychischen Belastungen am Arbeitsplatz, Schaffung gesundheitsförderlicher



GESUNDHEITSMANAGEMENT

Arbeitsbedingungen und die Reduzierung von Fehlzeiten. Dabei wird ein ganzheitlicher, teilhabender und integrativer Ansatz verfolgt, der sowohl das individuelle Verhalten, als auch die arbeitsorganisatorischen Verhältnisse mit einbezieht. Gesundheitsmanagement beinhaltet Themen wie Führung, Unternehmenskultur, Betriebsklima, soziale Kompetenz sowie die Arbeitsbedingungen und das Gesundheitsverhalten eines jeden Einzelnen.

Die Aufgabe der Projektgruppe besteht darin, gemeinsam mit allen Angehörigen der Polizei in Niedersachsen mehr für die Gesundheit zu tun. Der Weg hierbei lässt sich wie folgt beschreiben:

- Grundlagen zum Thema Gesundheitsmanagement vermitteln,
- bereits dazu laufende Aktivitäten und Themen vernetzen,
- in Pilotdienststellen den Prozess initiieren, begleiten und evaluieren.

Mit der Einführung eines strategischen GIP werden in der ersten Projektphase 17 Polizeidienststellen mit insgesamt mehr als 8000 Beschäftigten von der landesweiten Projektgruppe beraten und unterstützt.

Erste Schritte

In einer ersten Prozesskette führten die Pilotdienststellen eine Bestandsanalyse

der Arbeitssituation in den unterschiedlichen Dienstzweigen und Organisationseinheiten durch. Dieses erfolgte mit dem Instrument des Diagnoseworkshops im dienststelleninternen Gesundheitsmanagement. In den Diagnoseworkshops wurden die Belastungen und Ressourcen aus Sicht der Beschäftigten erhoben und Verbesserungspotenziale in den Organisationsbereichen identifiziert. Daran anschließend führten die Pilotdienststellen Gesundheitszirkel durch, in denen die Ergebnisse der Diagnoseworkshops aufgearbeitet und Verbesserungsmaßnahmen entwickelt worden sind.

Planung 2011

Im Jahr 2011 werden weitere Prozessketten durchgeführt. Ziel ist die Fortführung der Bestandsanalyse und der Gesundheitszirkel sowie die weitere Umsetzung von Veränderungs-/Verbesserungsmaßnahmen (Ausfluss der Gesundheitszirkel) in den jeweiligen Pilotdienststellen.

Die Moderation der Diagnoseworkshops und der Gesundheitszirkel sowie die temporäre Begleitung des GIP in den Pilotdienststellen wird von 44 Prozessbegleiterinnen und -begleitern aus den Polizeibehörden und der Polizeiakademie Niedersachsen gewährleistet, die extern für diese Aufgabe qualifiziert worden sind.

Die Prozessbegleiterinnen und -begleiter führen ihre Aufgaben im Nebenamt aus. Ihre Tätigkeit findet hohe Anerkennung in den Pilotdienststellen. Auch im laufenden Jahr sind weitere Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Prozessbegleiterinnen und -begleiter geplant.

Beraternetzwerk

Im Jahr 2010 hat die Projektgruppe mit dem Aufbau eines strukturierten Beraternetzwerkes (intern/extern) begonnen. Zu diesem Zweck wurden Workshops mit den Behörden, Pilotdienststellen und den regionalen Beratungsstellen/Sozialwissenschaftlicher Dienst durchgeführt.

Für dieses Jahr sind eine Evaluation der 17 Pilotdienststellen und entsprechende Effektmessungen der umgesetzten Verbesserungsmaßnahmen vorgesehen. Weiterhin wird die Landesarbeitsgruppe ein Konzept zur Implementierung des GIP in die Alltagsorganisation entwickeln und einen Statusbericht fertigen.

Maik Meyer, Nds. Ministerium für Inneres und Sport, LPPBK, Referat P 25 (Personal)

FACHAUSSCHUSS KRIPO LÄDT EIN**GdP-Fachtagung Kriminalpolizei/ermittelnde Bereiche in Hannover!**

Der **Fachausschuss Kriminalpolizei der GdP** wird am **31. März 2011** von 10.00 bis 15.00 Uhr eine Fachtagung in Hannover im KroKus am Kronsberg durchführen. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, sich hier über interessante Themen aus dem Bereich der Kriminalpolizei zu informieren und zu diskutieren.

Zentrales Motto soll hier die innovative **Ermittlungsunterstützung und Kriminaltechnik** aus unterschiedlichen Bereichen sein. Die Fachtagung wird sich mit folgenden Themen beschäftigen:

- **Einsatz von Personensuchhunden (Mantrailing)**
- **Künstliche DNA und deren Einsatzmöglichkeiten und -grenzen**

- **Umsetzung der DNA-Richtlinie LKA NI und damit einhergehende Anforderungen an die Untersuchungsanträge**
- **Einsatzmöglichkeiten und -beispiele des Spheron-Kamerasystems**
- **Leichensuchgeier, haben sie Zukunft?**

Dies sind Themen, die sicherlich zur Diskussion anregen und auch neugierig machen, wie der Stand der Entwicklungen in den einzelnen Bereichen derzeit ist. Für den einen oder anderen werden hier sicher komplett neue Erkenntnisse gewonnen werden.

In vielen Bereichen soll natürlich auch mit Mythen und Gerüchten aufgeräumt werden, wie sie beispielsweise über Personensuchhunde bestehen.

Für alle angesprochenen Themen an diesem Tag konnten **ausgewiesene Fachleute als Referenten** gewonnen werden.

Neben den GdP-Mitgliedern, die natürlich kostenfrei an der Veranstaltung und dem Mittagsimbiss teilnehmen können, laden wir auch alle anderen interessierten Kolleginnen und Kollegen ein, die für einen Kostenbeitrag von 10 Euro teilnehmen können. Die **Anmeldungen** zu der Veranstaltung werden über die Kreisgruppen oder bei der GdP-Geschäftsstelle in Hannover erbeten. Da nur eine begrenzte Anzahl von Teilnehmerplätzen zur Verfügung steht, solltet ihr euch rasch anmelden.

Jörg Mildahn, Mitglied im GSV



FACHAUSSCHUSS BEREITSCHAFTSPOLIZEI

Bepo auf dem Weg zu mehr Professionalität und alter Leistungsstärke

Die jüngst getroffene Projektvereinbarung zwischen dem LPPBK im MI und der ZPD über die Qualitätssicherung im geschlossenen Einsatz hat der Fachausschuss Bereitschaftspolizei (FA Bepo) mit Zuversicht und Optimismus, aber auch Genugtuung zur Kenntnis genommen.

Der FA Bepo verbindet dies mit dem Glauben, dass sich auch bei den derzeit politisch Verantwortlichen, zuvorderst Innenminister Uwe Schünemann, endlich die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass Reformen im Personal- und Fortbil-

dungsmanagement bei den Führungsgruppen und Einsatzeinheiten der Bepo, aber ebenso bei den Aufrufeinheiten der LEO-Leine in den Flächenbehörden, dringend notwendig sind. Dies ist nötig, um ein nicht hinnehmbares Absinken der Leistungsfähigkeit und des Einsatzwertes der Einsatzeinheiten zu verhindern.

Damit folgt der Präsident des LPPBK langjährigen gewerkschaftlichen Forderungen. Diese finden sich im Strategiepapier „Einsatz“ und im Positionspapier „Operative Bereitschaftspolizei“ vom Juni 2010. Hiernach fordert die GdP eine einheitliche Mindestanforderung an Personal und Aufbauorganisation zu definieren, um damit sicherzustellen, dass auch

bei länderübergreifenden Einsätzen aus besonderem Anlass noch ein Mindestmaß an Kompatibilität in der besonderen Aufbauorganisation und Personalstärke gewährleistet ist.

Der FA Bereitschaftspolizei wird sich konstruktiv mit seinen Erfahrungen und seinem Sachverstand in den Diskussionsprozess einbringen und signalisiert der Projektleitung seine uneingeschränkte Gesprächsbereitschaft.

Die Details zu den fachlichen Anforderungen hat der FA Bepo in einem ausführlichen Bericht beschrieben. Er ist auf unserer Website www.gdp.de/Niedersachsen veröffentlicht.

Dieter Käufer, Vorsitzender FA Bepo

WASSERSCHUTZPOLIZEI

Ist WSP Niedersachsen schon Geschichte?

Um die Leistungen der Kolleginnen und Kollegen der WSP Niedersachsen zu dokumentieren, sucht die GdP Unterlagen (Akten, Darstellungen, Bilder, Denkschriften etc.) über die Entwicklung der WSP in Niedersachsen. Die Dienststellen, die jetzt aufgelöst werden sollen, haben seit 1947, mit Rückblick auf 1945 und 1946, Tagebücher geführt. Ab 1948 bis

1953 wurden Polizeiliche Grundbücher geführt, die Zusammenstellungen und Fortschreibungen über die Dienststelle, das Zuständigkeitsgebiet, die Zusammenarbeit mit Behörden und Organisationen sowie die personelle und materielle Entwicklung einschließlich entsprechender Bilder und Skizzen enthalten. Nach 1953 wurden Jahresberichte der WSP und zu

besonderen Anlässen zusammenfassende Darstellungen über die Aufgabenwahrnehmung gefertigt. Diese und andere Unterlagen über die WSP Niedersachsen suchen wir, bevor sie unwiederbringlich vernichtet werden, um sie zusammenzustellen und damit allen, die sich sachlich informieren wollen, eine Informations- und Entscheidungshilfe an die Hand zu geben.

Damit wird die WSP nicht zur Geschichte, sondern sie schreibt Geschichte, wie das Zitat aus einem Polizeilichen Grundbuch einer WSP-Dienststelle 1948 deutlich macht: „Es ist nicht genug zu wissen, man muss auch anwenden; es ist nicht genug zu wollen, man muss es auch tun.“ (Goethe)

Zur Motivation aller Unterstützer mag der Hinweis zum Geleit im Tagebuch der WSP 1947 beitragen, der da lautet: „Was man nicht aufgibt, hat man nicht verloren!“

Bitte schickt die Unterlagen an die GdP-KG WSP Nord, Am Seemannsheim 4, 26723 Emden, zu Händen der Kollegen Rainer Spiewack oder Günther von Hettinga, Tel.: 0 49 21/9 03 33-1 27 oder -1 26.

Wenn Ihr diese Unterlagen noch einer anderen Verwendung als der Vernichtung zuführen wollt, erhaltet Ihr sie gegen Empfangsbeleg nach Auswertung wohlbehalten zurück.

GH

NACHRUF

Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Niedersachsen – trauert um folgende verstorbenen Kolleginnen und Kollegen:

Bethge, Hans-Jürgen	15. 7. 1932	Krs.-Gr. Salzgitter
Fischer, Emilie	5. 9. 1919	Krs.-Gr. Bepo Hannover
Giesler, Max	12. 5. 1918	Krs.-Gr. Osterode
Ihbe, Richard	30. 1. 1922	Krs.-Gr. Wesermarsch
Köppel, Siegfried	8. 5. 1941	Krs.-Gr. Braunschweig
Langemeier, Hans Dieter	10. 6. 1943	Krs.-Gr. Hildesheim
Mankau, Detlef	3. 11. 1952	Krs.-Gr. Braunschweig
Marquardt, Horst	12. 12. 1923	Krs.-Gr. Göttingen
Merkel, Walter	6. 8. 1948	Krs.-Gr. Stade
Rothert, Erna	18. 7. 1919	Krs.-Gr. PI Garbsen
Schulz, Ernst-Will	13. 1. 1923	Krs.-Gr. Wilhelmshaven
Sigismund, Heinz	22. 5. 1921	Krs.-Gr. Holzminen
Wenda, Sophia	17. 4. 1914	Bez.-Gr. PD Hannover

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten

